



SEITE 2

Die NPD-Fraktion fordert 5 Jahre nach Schengen II weiterhin die Wiedereinführung der Grenzkontrollen.



SEITE 3

Die überwiegende Mehrheit im Gesundheitswesen muß vor Korruption geschützt werden.



SEITE 4

Die Debatte um das Betreuungsgeld zeigt die familienfeindlichen Vorstellungen der Herrschenden.

DER

AUSGABE 14 - JAHRGANG 2013

ORDNUNGSRUF

Mitteilungsblatt der NPD-Landtagsfraktion in Mecklenburg-Vorpommern



KOMMUNEN ENTLASTEN - Beteiligung des Landes an den Kosten der Doppik



Mit diesem Antrag konfrontierte die NPD-Fraktion Anfang des Jahres den Landtag. Bis zum Jahresbeginn 2012 wurden alle Kreise und Kommunen in Mecklenburg und Pommern dazu gezwungen, ihre Haushaltsführung von der Einnahmen-Ausgaben-Buchung [= Kameralistik] auf die doppelte Buchführung umzustellen. Die damit verbundenen Kosten wurden natürlich auf die Kommunen abgewälzt.



Der NPD-Fraktionsvorsitzende Udo Pastörs, der zu diesem Thema Stellung bezog, warf den zuständigen Fachministern zu Recht vor, daß sie die Betroffenen mit den Kosten alleine im Regen stehen lassen.

Er forderte die Landesregierung auf, die tatsächlichen Kosten zu ermitteln und den Landtag bis zum 30. Juni 2013

darüber entsprechend zu informieren. Zusätzlich sollte ein Landesprogramm auf den Weg gebracht werden, um die Kreise und Kommunen finanziell zu entlasten, damit diese den Bürger nicht durch noch höhere Umlagen und Abgaben belasten müssen. Udo Pastörs mahnte an, daß selbst der landeseigene Rechnungshof die Einführung der Doppik und die

zum Vorschein gekommenen Probleme kritisch betrachtet.

Mit Heinz Müller (SPD) wurde der ehemalige Vorsitzende der Parlamentarischen Enquetekommission „Verwaltungsmodernisierung und Funktionalreform“ als Gegenredner ins Rennen geschickt. Müller fabulierte von der Geschichte der Doppik aus vergangener Zeit, räumte ein,

daß es hier und da noch etwas hakt, stand aber letztendlich mit seinen Argumenten auf verlorenem Posten.

Abschließend betonte Udo Pastörs nochmals die Notwendigkeit, entweder den Kommunen finanziell entgegenzukommen, oder besser noch, die Einführung der Doppik zurückzunehmen.

MEINUNGSDIKTATUR?

Auf Antrag der Staatsanwaltschaft Rostock hat der Landtag durch die Stimmen der Scheindemokraten die Immunität der NPD-Abgeordneten Udo Pastörs und David Petereit aufgehoben.

Dem NPD-Fraktionsvorsitzenden Pastörs wird vorgeworfen, er habe die Landtagspräsidentin gröblich beleidigt. Pastörs habe Frau Bretschneider unter anderem

als „Gesinnungsextremistin“ bezeichnet. Der Abgeordnete Petereit habe entsprechende Zitate seines Fraktionsvorsitzenden zudem im Internet verbreitet.

Mit dem erneuten Verfahren soll offenbar der eingeschlagene Weg fortgesetzt werden, die nationalen Abgeordneten mit juristischen Maßnahmen in der Ausübung ihrer politischen Tätigkeit zu behindern.

Immer deutlicher wird, daß in der BRD all jene, die eine andere - von der herrschenden abweichende - Meinung vertreten, von der politischen Klasse diskriminiert, kriminalisiert und verfolgt werden. Die Verfolgung Andersdenkender ist in unserer Heimat allgegenwärtig. Zugespitzte politische Formulierungen sollen offenbar nur noch für ausgewählte Kreise zulässig sein. Es ist seit langer Zeit absehbar, daß wir uns auf der Zielgeraden zu einer Meinungsdictatur befinden.

Jugend im Land fördern:

„Berufsausbildungszulage Mecklenburg-Vorpommern“ einführen



Während die Landesregierung meint, mit einer einfachen Imagekampagne könne man die Ausbildungsberufe im Tourismusgewerbe attraktiver machen, brachten die Nationalen eine Parlamentsinitiative auf den Weg, die ganz konkrete Hilfen für die Auszubildenden im Land vorsieht.

Mit der „Berufsausbildungszulage Mecklenburg-Vorpommern“ soll gewährleistet werden, daß jeder Azubi im Land über eine monatliche Gesamt-

bruttovergütung in Höhe von mindestens 500 Euro im ersten Lehrjahr, 550 Euro im zweiten und 600 Euro im dritten bzw. vierten Lehrjahr verfügen kann. Gerade vor dem Hintergrund hoher Unterbringungs- und Fahrtkosten sollten Berufseinsteiger in den schlechter entlohnten Ausbildungsberufen unterstützt werden. Viele der Betroffenen müssen sich derzeit noch mit Wochenendjobs und teilweise sogar mit Schwarzarbeit zusätzliche Einkommen schaffen.



Der bildungspolitische Sprecher der NPD-Fraktion, David Peterreit, machte deutlich, wie unglaublich die im Land geführten Debatten um einen Mindestlohn, um einen angeblichen Fachkräftemangel und um den Niedriglohnsektor sind, wenn man nicht einmal Willens ist, den Berufsanfängern ein notwendiges Mindesteinkommen zu gewähren. Daß diese

Problematik nicht durch die Tarifpartner alleine gelöst wird, erkennt man schon daran, daß es die Berufsausbildungsbeihilfe der Agentur für Arbeit gibt, die aber in den allermeisten Fällen nicht greift. Mecklenburg-Vorpommern hat neben Berlin die bundesweit höchste Abbrecherquote bei den Auszubildenden. Hiervon sind die gering entlohnten Berufe überproportional betroffen, dennoch lehnten alle anderen Fraktionen den NPD-Antrag ab.

5 JAHRE SCHENGEN II

Wir feiern nicht! – Wir fordern, die Grenzkontrollen wieder einzuführen und die geplante weitere Ausdünnung der Bundespolizei in Grenznähe unverzüglich zu stoppen!

Autoklau auf Bestellung, sich häufende Wohnungseinbrüche, Diebstähle von Wasseruhren auf Friedhöfen, Manipulation von Geldautomaten durch rumänisch-moldawische Banden, Raub von Baumaschinen und Bootsmotoren und nicht zuletzt eine drastische Steigerung bei der illegalen Zuwanderung: Die Vorhersagen, wonach die Grenzöffnungen zu Polen und zur Tschechei vom 21. Dezember

2007 („Schengen II“) zu einem Anstieg bei Kriminalität und illegaler Zuwanderung führen würden, haben sich einmal mehr bestätigt.

Das Spektrum neuer Schreckensmeldungen reicht von wilden Verfolgungsjagden über gestohlene Schußwaffen bis hin zu schwerverletzten Polizisten und Bürgern. Doch anstatt der außer Kontrolle geratenen Lage wieder Herr zu werden und das Hab und Gut der Bürger zu schützen, werden weitere Polizeistellen abgebaut. Gab es vor dem Beitritt Polens zum Schengener Abkommen in M-V noch 1.500 Bundespolizisten, sind es jetzt nur noch 1.100. Hinzu kommt, daß die Beamten auf Streifen- und Kontrollfahrten pro Schicht nicht mehr als 30 Kilometer zurücklegen sollen. Im Bereich der Bundespolizei-Inspektion Pasewalk schafft man es damit nicht einmal bis zur polnischen Grenze.



Tino Müller brachte es während einer Plenardebatte auf den Punkt: „Vater Staat hat zwar Geld für Zockerbanken, Auslandseinsätze, Asylanten und Euro-Plebestaaten, aber nicht für seine Bundespolizisten. Jene, die für „Schengen II“ verantwortlich

sind, müßten einfach mal dazu verdonnert werden, ein paar Monate in den Grenzregionen, in Vorpommern, in der Oberlausitz, in Brandenburg oder im Erzgebirge zuzubringen – vielleicht kommt ihnen dann ja auch ihr Lieblings-Fahrzeug über Nacht abhanden. Und möglicherweise kehren sie geheilt in ihre Wohlstandsghettos nach Straßburg und Brüssel zurück.“

Die Agrar GmbH Pampow/Blankensee (Region Uecker-Randow) wurde in der Vergangenheit immer wieder zum Opfer dreister Diebesbanden. Allein die jüngsten Verluste, zu denen ein Radlader, ein Hochdruckreiniger und ein Traktor gehören, summieren sich auf 100.000 Euro. Da die Spuren der Gauner immer wieder zum naheliegenden Grenzübertritt führen, ergriff der Geschäftsführer des Landwirtschaftsbetriebes Eigeninitiative und ließ das „Schlupfloch“ gen Osten mit Feldsteinen verbarrikadieren.

Seine berechtigten Beweggründe faßte der enttäuschte Unternehmer in klare Worte: „Wir müssen uns selbst helfen, wenn der Staat Diebstahl in derartigen Größenordnungen nicht unterbindet.“





Ganzjährige Winterferien im Schlaraffenland!

Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, die Leistungen für Asylanten auf Hartz-IV-Niveau anzuheben, ließ die Zahl der Bittsteller im vergangenen Jahr erneut um bedrohliche 41 Prozent steigen. Vor allem unter den Zugereisten aus Serbien und Mazedonien befand sich eine große Zahl von Asylbetrügnern. Objektiv betrachtet, findet in diesen Ländern keine Verfolgung statt. Die Anerkennungsquote liegt bei Null.

Trotzdem strömen täglich Fremde aus diesen Regionen – fast ausschließlich Roma/Sinti/Zigeuner – in unser Land. In den Balkanländern wirbt man mit Flugblättern für die lohnenswerte Einreise nach Deutschland, um dort zu überwintern. Obwohl diese Vorge-

hensweise einen offenkundigen Betrug darstellt, verschließt die herrschende Kaste die Augen. Viel schlimmer noch: Linke und Grüne setzten sogar einen Winterabschiebestop für ausreisepflichtige Asylanten durch.

Wie viele Deutsche den Winter obdachlos im Freien verbringen oder sich nicht trauen, ihre Heizung aufzudrehen, weil die Energiekosten explodieren, wird von den abgehobenen Parteibonzen ausgeblendet. Sie verschweigen, daß jeder Euro, der für einen Asylanten zu Unrecht ausgegeben wurde, nicht mehr in eine deutsche Familie investiert werden kann. Die NPD-Fraktion thematisierte diesen staatlich gedeckten Sozialbetrug im Landtag während der „Aktuellen Stunde“.

Laut Geschäftsordnung des Landtages können Fraktionen eine Kurzdebatte (Aktuelle Stunde) über Angelegenheiten von allgemeinem, aktuellem Interesse beantragen. Das Antragsrecht wechselt zwischen den Fraktionen.



Angelegenheiten von allgemeinem, aktuellem Interesse?



Die etablierten Blockparteien verstehen darunter:

8. Mai – Nie wieder Faschismus; Demographischen Wandel gestalten; Das Land braucht seine Zeitungen; Die Grüne Woche in Berlin; Deutsch-Polnisches Zusammenleben gestalten

Die NPD versteht darunter:

Sozialmißbrauch durch Scheinasylanten beenden; Vernachlässigte Kinder in unserer Zeit – Ursachen und Auswege; Volkes Wille achten – Volksbeteiligung zur Kreisgebietsreform; Jugend braucht Zukunft in der Heimat

Die überwiegende Mehrheit im Gesundheitswesen schützen



Immer mehr Vertreter der politischen Klasse müssen eingestehen, daß die bisherigen Konzepte erfolglos waren, um die überwiegende Mehrheit der rechtschaffenen Ärzte vor den schwarzen Schafen im Gesundheitswesen zu schützen.

Bereits zum fünften Mal hat die NPD-Fraktion im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern deshalb die Mißstände im Gesundheitswesen als Thema auf die Tagesordnung gesetzt.

Im Sommer vergangenen Jahres entschied der Bundesgerichtshof, daß Korrup-

tion niedergelassener Ärzte nach geltendem Recht nicht strafbar ist. Ist das nicht ein Irrsinn? Aber wen verwundert es eigentlich, wenn man bedenkt, daß es auch die Bundestagsparteien in ihrer Mehrheit sind, welche die Korruption von Abgeordneten weiterhin nicht unter Strafe stellen!

Wir von der NPD-Fraktion halten es zum Beispiel für unhaltbar, daß angestellte Ärzte strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden können, während die Korruption von freiberuflich tätigen Ärzten keinen Straftatbestand darstellt. In was für einem Staat leben wir eigentlich, der dieses zuläßt?

Und, um was für Parteien muß es sich handeln, die wesentlich gesetzliche Änderungen und somit auch die rechtliche Gleichbehandlung verhindern?

Selbst der Präsident der Bundesärztekammer, Herr Frank-Ulrich Montgomery, betonte erst kürzlich, daß die Ärzte nicht in den Ruch des Betrugsges oder der Korruption kommen wollen und deshalb für klare Regeln sind.

Rund 53.000 Verdachtsfälle von Betrug und Fehlverhalten im Gesundheitswesen hatten die Krankenkassen in den Jahren 2010 und 2011 verfolgt.

Der sozialpolitische Sprecher, Stefan Köster, begründete den Antrag der NPD-Fraktion. Die Gegenrede aus den Reihen der Pseudodemokraten hielt diesmal der ehemalige Stasi-IM Torsten Koplin, der nach Informationen von Wikipedia eine Verpflichtung als inoffizieller Mitarbeiter (IM) für die Staatssicherheit unterschrieben haben soll, „um ein Parkkonzert zu veranstalten“. Ebenso abstrus war seine Entgegnung auf den NPD-Antrag.

Die überwiegende Mehrheit der im Gesundheitswesen Tätigen ist weder korrupt, noch betrügt sie. Es wird Zeit, die Ehrlichen zu schützen!

Menschenfeindliche Vorstellungen der Pseudodemokraten in der Familienpolitik

Die Debatte über das Betreuungsgeld sollte in der Januar-Plenarsitzung für Spannung sorgen. Sind sich doch ausgerechnet die Koalitionäre von SPD und CDU hier im Land nicht einig zu diesem Thema und auf Bundesebene gar entschiedene Kontrahenten, wenn es um die Einführung des Betreuungsgeldes geht.

SPD, Linke und Grüne glänzten mit ihren obskuren und menschenfeindlichen Vorstellungen zum Betreuungsgeld und zur Familienpolitik. Sie behaupteten gar, daß der Betreuungszuschuß Eltern von

der Erwerbstätigkeit abhalte, sowie einen Anreiz gäbe, daß ihre Kinder den vorschulischen Bildungseinrichtungen fernbleiben.



Mit den haarsträubenden Forderungen der Linken rechnete der sozialpolitische Sprecher der

NPD-Fraktion Stefan Köster ab und stellte die Punkte der NPD-Fraktion dem gegenüber.

Es ist nicht das erste Mal, daß die selbsternannten „De-

mokraten“ im Landtag ihre familien- und kinderfeindliche Haltung offenbarten. Im November 2011 lehnte die SPD-Abgeordnete Drese im Namen der „demokratischen Fraktionen“, den Antrag der NPD-Fraktion, „[...] den biologischen Fortbestand des deutschen Volkes zu bewahren, mit aller Nachdrücklichkeit und aufs Schärfste ab [...]“

Für diese Fraktionen steht ganz klar und deutlich die Erwerbsarbeit der Eltern und nicht das Kindeswohl im Vordergrund. Hinzu kommt, daß ihrer Ansicht nach offensichtlich der

Staat die Kontrolle über die Kindererziehung erhalten soll.

Die NPD-Fraktion hingegen steht für zielgerichtete Maßnahmen wie die Zahlung eines Müttergehalts, Erhöhung des Kindergelds und Gewährung eines Kinderbonus für die Rentenversicherung. Hierdurch wird gewährleistet, daß die Eltern frei entscheiden können, ob, wann und in welchem Umfang sie ihre Kinder zur Fremdbetreuung geben.

Die gesamte Landtagsrede von Stefan Köster ansehen:



Neue Rundfunk- und Fernsehgebühren stoßen auf Unverständnis

Der Petitionsausschuß hat seinen turnusgemäßen Bericht dem Landtag von Mecklenburg-Vorpommern vorgelegt. Deutlich zeigte der Bericht, daß die Bürger des Landes zahlreich von ihrem Recht Gebrauch gemacht haben, Eingaben an den Petitionsausschuß zu richten.

Besonders die Probleme zu den Rundfunk- und Fern-

sehgebühren standen wieder mal im Mittelpunkt. Hier zeigte sich deutlich, wie ablehnend die Bürger der neuen GEZ-Abgabe gegenüberstehen. Im Namen der NPD-Fraktion bezog der Landtagsabgeordnete Tino Müller deutlich Stellung zur neuen Bürger-Abzockgebühr.

Seit Anfang des Jahres hat jeder – selbst, wenn er kein Fernseh- oder Radiogerät be-

sitzt – die neue Haushaltsabgabe für den Empfang des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zu zahlen.

Das sind 17,98 Euro pro Monat oder 215,76 Euro pro Jahr an Gebühren, mit denen 22 Fernsehsender sowie 64 Radioprogramme und nicht zuletzt auch die in „Beitragsservice“ umbenannte GEZ in ganz Deutschland am Leben gehalten werden.

Zahlreiche Bürger wollen diese Pille nicht schlucken und protestieren gegen die neue GEZ-Abgabe.

Ein Ende der Beschwerden zu diesem Thema ist nicht absehbar, da die Bürger immer mehr Ungereimtheiten in diesem Bereich erkennen. Der Bericht des Petitionsausschusses verdeutlicht, wie wichtig es ist, sich gegen Ungerechtigkeiten zu Wehr zu setzen.



INFO-GUTSCHEIN



**NPD-Landtagsfraktion
Mecklenburg-Vorpommern**
Lennéstraße 1, 19053 Schwerin



0385 - 5251322



info@npd-fraktion-mv.de



0385 - 5251321



[www.facebook.com/
NPDFraktionMuP](http://www.facebook.com/NPDFraktionMuP)



www.npd-fraktion-mv.de

Ich interessiere mich für die Arbeit der NPD-Fraktion und bitte um Übersendung von Infomaterial.

Bitte nehmen Sie mich in Ihren Informationsverteiler auf.

Name, Vorname

Jahrgang

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Telefon

E-Post